

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/7412

"Wirtshaussterben beenden - Gastronomiebetriebe wieder öffnen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/7412 vom 23.04.2020
2. Beschluss des Plenums 18/7541 vom 24.04.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 24.04.2020



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Ralf Stadler, Ulrich Singer, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Wirtshaussterben beenden - Gastronomiebetriebe wieder öffnen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die Wiederaufnahme der Geschäfte von Gastronomiebetrieben und Gaststätten mit Bier- und Gastgärten ab dem 01.05.2020 unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen und Mindestabständen zu verfügen,
- die Wiederaufnahme der Geschäfte von geschlossenen Gastronomiebetrieben und Gaststätten, die nicht der Unterhaltungsbranche angehören, ab dem 01.05.2020 unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen und Mindestabständen zu verfügen,
- die Wiederaufnahme der Geschäfte aller Gastronomiebetriebe und Gaststätten ab dem 01.06.2020, nach vorangegangener Evaluation, wieder vollumfänglich und ohne Einschränkungen zu gewähren.

Begründung:

Gerade das Gastgewerbe ist von der Corona-Krise sehr stark betroffen. Laut Prognosen des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) könnten in Deutschland rund 70 000 Hotel- und Gastronomiebetriebe Pleite gehen. Allen rund 223 000 Betrieben der Branche in Deutschland gingen bis Ende April rund 10 Mrd. Euro Umsatz verloren. Dabei darf man nicht vergessen, dass gerade das Gastgewerbe mit seinen 50 000 Azubis und 2,4 Mio. Beschäftigten ein sehr wichtiger regionaler Wirtschaftsmotor ist.

Die umfassenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens infolge der Corona-Krise stellen gerade für Selbständige und kleine Mittelständer eine existenzielle Bedrohung dar und entziehen diesen die Geschäftsgrundlage. Während große Unternehmen der System-Gastronomie und Caterer aufgrund ihrer Kapitalbasis längere Krisenphasen überbrücken können, führen sie selbständige Gastwirte und Hoteliers, egal ob Pächter oder Eigentümer, in die Insolvenz. Dagegen sind die Pleiten in der System-Gastronomie, wie z. B. von VAPIANO und MAREDO eher auf langjährige Managementfehler denn auf die aktuelle Situation zurückzuführen.

Viel zu hohe Pachten und Mieten, gerade in Ballungszentren, Personalkosten und Fix- sowie Nebenkosten können nicht mehr bezahlt werden, wenn es monatelang keine Einnahmen gibt. Auch jene Betriebe, welche jetzt Abhol- und Lieferservice anbieten, können maximal noch mit etwa 30 Prozent Umsatz rechnen.

Wenn also das Verbot zum Betrieb der Gastronomie nicht unverzüglich ein Ende findet, dann werden sehr viele Betriebe schließen müssen und es gehen sehr viele Arbeitsplätze verloren. Es braucht also jetzt eine schnelle Lösung, um ein massives Wirtshaussterben und eine damit einhergehende steigende Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Es liegt generell die irreführende Annahme zugrunde, die Hotspots der Infektion, wie Aprés-Ski-Bars in Ischgl, Bierfeste und Faschingsfeiern mit normalen Gastronomie-Betrieben über einen Kamm zu scheren.

In der Praxis sitzen sich sowieso meist nur Paare oder Familien gegenüber, die ohnehin das Haus miteinander teilen und daher auch von den restriktiven Maßnahmen ausgenommen sind. Familienfeiern jeglicher Art müssen möglich sein, denn in einer freiheitlichen Gesellschaft müssen die Familien selbst über das Risiko entscheiden!

Unter bestimmten Voraussetzungen soll eine Wiederaufnahme der Geschäfte der Gastronomie wieder möglich sein:

- Desinfektionsmittelspender an den Eingängen sowie im Waschbereich von Toiletten der Gastronomiebetriebe und Gaststätten
- Einhaltung eines Mindestabstands der Tische zueinander von 1,5 Metern
- täglich mehrmalige Durchlüftung der Räumlichkeiten im geschlossenen Gaststättenbereich
- die Möglichkeit für die Mitarbeiter, Mund- und Nasenschutzmasken tragen zu können
- die Möglichkeit für die Mitarbeiter, Schutzhandschuhe tragen zu können
- Familienfeiern dürfen stattfinden in einem vom restlichen Gaststättenbetrieb getrennten Raum und unter stündlicher Durchlüftung des Raumes
- Gastronomiebetriebe mit Bier- und Gastgärten sollen ab dem 1. Mai wieder normal ihren Betrieb aufnehmen dürfen, ebenfalls unter der Einhaltung von einem Mindestabstand von 1,5 Metern von Tisch zu Tisch.
- Mitarbeiter, welche zur Hochrisikogruppe gehören, müssen die Möglichkeit haben, freigestellt zu werden. Die Kosten für den Verdienstausfall soll der Freistaat Bayern übernehmen

Unter Einhaltung von Hygienemaßnahmen in den Gastronomiebetrieben dürfte das Ansteckungsrisiko auch nicht höher sein als beispielsweise in Supermärkten. Außerdem haben wir in den letzten Wochen gesehen, wie umsichtig sich die Bürgerinnen und Bürger in Bayern verhalten, was keiner weiteren Maßregelung bedarf.

Die Wirtshauskultur ist fest verankert in Bayern. Es ist ein Lebensgefühl und eine Gemütlichkeit, die zu uns Bayern gehört und diese Kultur muss erhalten bleiben!



Beschluss
des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Franz Bergmüller, Ralf Stadler, Ulrich Singer, Josef Seidl und Fraktion (AfD)**

Drs. 18/7412

Wirtshaussterben beenden – Gastronomiebetriebe wieder öffnen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Barbara Becker

Abg. Christian Zwanziger

Abg. Manfred Eibl

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Staatsministerin Melanie Huml

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Wirtshaussterben beenden - Gastronomiebetriebe wieder öffnen (Drs. 18/7412)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Bei diesem Thema bin ich vermutlich derjenige im Haus, der die meiste Praxis vorzuweisen hat. Ich bin mittlerweile vierzig Jahre in der Gastronomie tätig. Ich war fast dreißig Jahre lang Funktionär im Hotel- und Gaststättenverband, vom Kreis- bis zum Bundesverband. Heute bin ich noch der Vorsitzende des Vereins zum Erhalt der bayerischen Wirtshauskultur.

Das Thema "Wiedereröffnung der Gaststätten" beinhaltet folgende drei Aspekte: Gesundheit, Grundrechte – Freiheitsrechte und Berufsfreiheit – und die Wirtschaft. Zum Thema Gesundheit hat niemand die absolute Weisheit gepachtet. Man kann alle Talk-, Wissenschafts- und Nachrichtensendungen verfolgen: Für jede These findet man dort Wissenschaftler oder Virologen. Man findet auch Wissenschaftler mit offiziellem Regierungsauftrag, also keine Verschwörungstheoretiker, die eine Öffnung der Wirtshäuser unter Einhaltung entsprechender Abstandsflächen und Hygienemaßnahmen durchaus für möglich halten. Bei der Infektionsbekämpfung hätte ich das schwedische Modell bevorzugt.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Darüber brauchen Sie überhaupt nicht zu lachen. Wir werden in zwei Jahren abschließend beurteilen, welcher Weg der richtige war und welche Kollateralschäden in Deutschland und weltweit vorhanden sind.

(Zuruf)

Beim jetzt eingeschlagenen Weg ist als Maßstab verkündet worden, dass die Kapazitäten bei den Intensivbetten ausreichen müssten, um jederzeit gewappnet zu sein. Hierfür sind die Ausgangsbeschränkungen erlassen worden.

Die Zahlen werden auch von einigen Wissenschaftlern und Virologen so gedeutet, dass eine Öffnung der Gaststätten, die wir fordern, möglich ist, Einhaltung der Abstandsflächen. Wir fordern zudem eine Evaluierung. Wenn die Regierenden alle 14 Tage oder in der Halbwertszeit alle paar Tage irgendeine neue Maßnahme verkünden, dann wird es gut, recht und billig sein, wenn wir nach einem Monat der Evaluierung feststellen, ob eine Öffnung der Gastronomie funktioniert. Zuletzt hat der von der Regierung beauftragte Wissenschaftler Hendrik Streeck vorgestern bei "Markus Lanz" verkündet, dass die Öffnung der Gastronomie funktionieren kann.

Bei dieser Diskussion hat die Präsidentin des DEHOGA Inselkammer die Lage der Gastronomie dramatisch geschildert: Dreißig Prozent stehen vor der Insolvenz. In der bisherigen Wirtshauskultur wird kein Stein mehr auf dem anderen bleiben. Ich verbitte mir, dass man den Weg des Weisen predigt und jede andere Meinung abkanzelt wie Herr Söder oder mein Spezialfreund Herr Lauterbach. Heute Morgen hat Herr Lauterbach klipp und klar im Radio gesagt, dass wir mit den Einschränkungen werden leben müssen, bis ein Impfstoff existiert. Wissen Sie, was dann von der deutschen Gastronomie noch übrig bleiben wird? – Fast nichts mehr, weil diese dann nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Die Einschränkungen in der Gastronomie sind medizinisch nicht zu begründen. Deshalb fordern wir unter Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen und einer Evaluierung eine Öffnung der Gaststätten und vor allem der Biergärten am 1. Juni 2020. Die Biergärten sind ein Stück bayerischer Lebenskultur, die wir pflegen wollen und müssen. Schauen Sie sich die Bilder in allen Tageszeitungen an. Die zuständigen Minister sehen es als gerechtfertigt an, dass sich die Menschen am Wochenende beispielswei-

se im Englischen Garten im Abstand von 1,5 Metern aufhalten dürfen. Auch Speisen werden "to go" ausgegeben, was im Übrigen nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Dennoch ist verlautbart worden, dass alles funktioniert. Dann wird es auch in den Biergärten funktionieren. Wir Wirte brauchen eine Perspektive. Wir brauchen keine Aussagen, dass wir auf Sicht fahren und die Zahlen abwarten müssen. Die Zahlen geben es je nach Interpretation her.

Ich möchte jetzt noch ein Wort zu den betroffenen Arbeitnehmern sagen.

(Widerspruch)

– Sie können später reden oder eine Zwischenbemerkung machen. Jetzt red i. So viel Ahnung wie Sie habe ich garantiert auch. – Dass die Arbeitnehmer jetzt achtzig Prozent Kurzarbeitergeld bekommen sollen, finde ich eine gute Lösung. Sie dürfen nicht vergessen, was der Ausfall für viele in der Gastronomie Beschäftigte bedeutet. Viele Leute sind geringfügig oder kurzfristig beschäftigt, um die Umsätze gewährleisten zu können. Diesen Menschen fehlen alleine durch den Ausfall des Oktoberfestes weit über sechs Millionen Euro. Meine beiden Söhne haben auf dem Oktoberfest gearbeitet. Dieses Geld bedeutet Kaufkraft, die wir nach der Krise brauchen würden.

Ich möchte noch ein letztes Wort zur Mehrwertsteuersenkung sagen. Die Mehrwertsteuersenkung ist richtig, aber sie muss von Dauer sein. Die verlorenen Umsätze sind nicht mehr aufholbar. Wenn Sie heute von der Bank einen Kredit haben wollen, dann wird diese fragen, wie lange die Garantie für mehr Liquidität gilt. Die Mehrwertsteuersenkung ist aber nur für ein Jahr garantiert, und dann schauen wir weiter. –Der Finanzminister hat schon gesagt: Nach der Corona-Krise werden wir beim nächsten Doppelhaushalt über gewaltige Einsparungen reden. Dann schauen wir mal. Ich hoffe, dass das bekannt ist, dass man mit Mehrwertsteuersenkungen die Wirtschaft auch ankrabbeln kann.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Becker von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Frau Becker.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie trifft die Gastronomie und die Hotellerie besonders hart. Das ist keine Überraschung. Ich glaube, es gibt niemanden hier oder draußen, der das nicht weiß. Besonders hart sind auch andere Branchen betroffen, die noch gar nicht so im Fokus stehen: Messebau, Fitnessstudios und Reisebüros. Die Liste wäre fortzusetzen. Wir müssen anerkennen: Die Corona-Pandemie hält die Welt in Atem. Die Zahl der Erkrankungs- und Todesfälle, die weltweit zu beklagen sind, zeugt davon, wie gefährlich dieses Virus ist. Noch haben wir kein anderes Medikament, als Abstand zu halten, vorsichtig zu sein und Neuerkrankungen zu vermeiden.

Gerade jetzt, wo wir uns scheinbar ein bisschen an diesen Zustand gewöhnt haben, ist es wichtig, dass wir in der Disziplin, in der Ausdauer und in der Konsequenz nicht nachlassen. Nur dann können wir möglichst schnell zu einer wenn auch neuen und anderen Realität und Normalität zurückkehren. Es gibt Fantasien und Überlegungen, wie das in der Gastronomie aussehen könnte. Wir müssen weiterhin alles daran setzen, die Infektionszahlen und damit die weitere Ausbreitung dieses tödlichen Virus so gering wie möglich zu halten.

Was unsere bayerische Gastronomie so bezaubernd macht, ist jetzt, angesichts der Bedrohung durch dieses Virus, ihr größtes Handicap. In der Gastronomie treffen ganz viele Menschen aufeinander. Sie sitzen sich gegenüber, und sie sitzen, abgesehen vom Biergarten, in einem geschlossenen Raum. Wir tauschen unverpackte Getränke und Mahlzeiten aus. Die Bedienungen kommen ganz nahe an die Gäste heran. Das alles erzeugt ein erhöhtes Risiko für die Übertragung des Coronavirus. Wir reden dabei noch gar nicht davon, was Alkohol auslöst, wenn er nicht nur entspannt, sondern im Übermaß genossen wird, sodass Vorsichtsmaßnahmen gar nicht mehr greifen.

Ich danke allen Gastronomen. Alle, die jetzt kreative Konzepte für ihr Unternehmen und die Kunden entwickeln, haben meinen Respekt. Als Beispiele nenne ich den "Service to go" oder den Lieferservice. Sie erhalten den Betrieb aufrecht. Auch wir im Landtag wissen, dass damit der Umsatz und der Gewinn von vorher nicht annähernd erreicht werden. Diese Alternativen sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb sind die Hilfsmaßnahmen des Freistaats Bayern umso wichtiger, vor allem die Soforthilfen. Wir haben es jetzt geschafft, wenigstens für ein Jahr die Mehrwertsteuer auf Speisen aus der Gastronomie auf 7 % zu senken. Um es ganz klar zu sagen: Dafür haben wir schon lange gekämpft. Damit ist ein Teilerfolg gelungen. Wir wollen, dass diese Maßnahme nicht nur ein Jahr dauert, sondern dauerhaft auf Speisen und Getränke ein Mehrwertsteuersatz von 7 % erhoben wird. Wir werden da nicht nachlassen. Die Gastronomen sollen wissen, dass wir dabei an ihrer Seite stehen.

Ich danke auch allen, die proaktiv Konzepte für einen Betrieb unter den Rahmenbedingungen von Corona entwickeln. Alle, die hier sitzen, bekommen von ihren Gastronomen Hygienekonzepte, Raumkonzepte oder Pläne für den Schutz der Mitarbeiter geschickt und leiten diese Konzepte an den Krisenstab weiter. Ich komme aus Weinfranken. Bei uns und auch anderswo in Bayern sind Gastronomie und Hotellerie ein immens wichtiger Teil der Gesellschaft. Das ist keine Frage, diese Bereiche sind absolut relevant. Sie tragen ihren Teil dazu bei, diese Krise zu bewältigen. Sie tun dies folgendermaßen: DEHOGA und die Bayerische Staatsregierung stehen in engem Kontakt. Die Infektionszahlen werden in der Beratung zwischen der Staatsregierung, dem Berufsverband und der Wissenschaft bewertet. Die enorme Vielfalt in der bayrischen Gastronomie muss dabei berücksichtigt werden. Mögliche Lockerungsmaßnahmen werden bewertet. Wir alle können dazu beitragen, uns Lockerungen zu erarbeiten, indem wir alles tun, um neue Infektionen zu vermeiden. Ich danke allen, die dazu beitragen. Nur so sind Lockerungen möglich, und nicht durch einen unreflektierten Antrag, der noch dazu falsche Fristen angibt. Deshalb lehnen wir Christsozialen diesen Antrag ab.

In der Krise sind wir eine lernende Organisation. Lernen heißt, dass wir erst mit einem Abstand von 14 Tagen bewerten können, was die Lockerungen bewirkt haben. Wir fangen langsam an. Am 27. April werden wir mehr Geschäfte öffnen. Wir können frühestens ab dem 11. Mai bewerten, ob es uns trotzdem gelungen ist, die Infektionszahlen im Griff zu behalten. Bis dahin wird jeden Tag gemeinsam mit den Verbänden und den Gastronomen an Lösungen gearbeitet. Außerdem wird an der Sicherheit und an der Gesundheit möglichst jedes Menschen in Bayern gearbeitet. Ich danke allen, die dazu beitragen. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Christian Zwanziger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der AfD ist nur eines, nämlich verantwortungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Bergmüller, Sie fordern hier das schwedische Modell. Dann sagen Sie aber auch, dass in Schweden Menschen über sechzig Jahre mit zwei Vorerkrankungen, Menschen über siebzig mit einer schweren Vorerkrankung und Menschen über achtzig gar nicht mehr auf eine Intensivstation kommen. Das ist erst kürzlich in den Nachrichten gelaufen. Wenn Sie das wollen, dann stellen Sie sich hier hin, dann werden wir sehen, ob Sie dafür Mehrheiten bekommen. Ich glaube das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie spielen mit dem Feuer. Sie heizen Ungeduld, Leichtsinn und Unzufriedenheit an. Für mich ist das politische Brandstiftung, aber vielleicht ist das einfach Ihr Geschäftsmodell. Sie disqualifizieren sich mit diesem Antrag. Wer schon jetzt nach solchen Lockerungen ruft, nimmt billigend in Kauf, dass die Gesundheit der Menschen gefährdet

wird. Sie nehmen billigend in Kauf, dass größere wirtschaftliche Schäden durch das ewige Hin und Her von Lockdown, Lockerungen und noch strengerem Maßnahmen entstehen. Dadurch wird ein wesentlich größerer wirtschaftlicher Schaden für die Branche verursacht. Für die Branche wäre es das Beste, wir würden diese Krise möglichst schnell überwinden.

Sie können auch mit Medizinern darüber reden. Eine Kollegin hat es angesprochen: Die Mediziner sagen, dass wir schon mit diesen Lockerungen eine Gratwanderung machen. Wir müssen zunächst einmal evaluieren, welche Lockerungen was bewirken. Erst wenn sich die Zahlen gut entwickeln, können wir über weitere Lockerungen reden, aber nicht gleichzeitig. Das wäre einfach unverantwortlich. Reden Sie einmal mit Ärztinnen und Ärzten. Ich habe das bei mir im Krankenhaus getan. Ich habe gestern mit Ärzten über Ihren Antrag zum Spaß diskutiert. Die diplomatischste Äußerung, die Sie von den Ärzten bekommen, ist ein Kopfschütteln über diesen Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst in Regionen, die bislang relativ glimpflich davongekommen sind – ich nenne zum Beispiel das Uni-Klinikum Erlangen –, sagen die Ärzte: Nachdem die erste Welle mit relativ jungen Patienten durch ist, kommen auf die Stationen vermehrt ältere Leute aus den Alten- und aus den Pflegeheimen. Es kann keine Rede davon sein, dass die Kapazitäten der Krankenhäuser auf einmal wieder frei seien, nur weil die Infektionszahlen sinken. In den Krankenhäusern kommen tagtäglich alte Leute an, die eine ärztliche Behandlung brauchen. Die Stationen sind voll. Die Ärzte kämpfen tagtäglich dagegen, dass in ihren Belegschaften Corona ausbricht. Ganze Krankenhäuser haben sich schon von der Versorgung abgemeldet, und Sie fordern hier einen solchen Schmarrn!

Der Schutz der Gesundheit ist Ihnen offensichtlich völlig egal. Sie haben sich heute wegen des DEHOGA gefeiert. Heute lief über "dpa" eine Umfrage der DEHOGA. Nach dieser Umfrage haben zwei Drittel der Betriebe gesagt: Lockerungen nur dann, wenn

wir nicht das Risiko eingehen, schnell wieder einen Stillstand zu haben. Zwei Drittel!
Das noch einmal zum Mitschreiben. So viel dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich freue mich auch auf die Zeit, wenn ich wieder mit guten Freundinnen und Freunden in ein gutes Lokal gehen kann. Ich freue mich auch auf die Zeit, wenn wir wieder in lebendigen Innenstädten oder auf Dorffesten unterwegs sein können. Ich freue mich auf die Zeit, wenn wir wieder reisen und zelten können, was eben jeder gern macht. Würden wir das bereits jetzt ermöglichen, wäre das jedoch unverantwortlich. Vieles wird Zeit brauchen. Wir werden in dieser Zeit natürlich an der Seite der Betriebe stehen müssen. Wir haben dazu einiges auf den Weg gebracht und werden auch in Zukunft einiges auf den Weg bringen. Der Schutz der Gesundheit steht aber einfach im Vordergrund.

Ich appelliere an uns alle, auch an die Kollegen der Staatsregierung, die jetzt nicht da sind: Schüren wir nicht weiter Ungeduld, Leichtsinn und Unvernunft! Bleiben wir sachlich! Schützen wir die Gesundheit! Wem es hilft, dem schicke ich eine Mini-Gedenk-Email. Dann werden sich alle daran erinnern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Herr Kollege Manfred Eibl von den FREIEN WÄHLERN.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das bayerische Hotel- und Gaststättengewerbe steht aktuell vor noch nie dagewesenen Herausforderungen. Ich glaube, das ist uns allen bewusst. Es ist auch bekannt, unter welch schwierigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen die Betriebe derzeit agieren müssen.

Erlauben Sie mir, auf Ihren Antrag einzugehen, Herr Bergmüller. Sie beziehen sich auf Punkt 2 der Allgemeinverfügung zum Vollzug des Infektionsschutzgesetzes und bitten,

diesen aufzuheben. Ich glaube, wir sind überwiegend der Meinung, dass unser wichtigstes Anliegen der Schutz der Gesundheit der Menschen ist und, bezogen auf die Gastronomie, die Gesundheit der Gäste und der Mitarbeiter in den Gastronomiebetrieben. Sie nennen den 1. Mai 2020 als Termin für eine Wiederaufnahme der Geschäftstätigkeit in den Gasthäusern und den Gastronomiebetrieben unter Einhaltung diverser Hygienemaßnahmen. Genau dahingehend müssen wir alle gesundheitsrelevanten Belange, alle Schutzmaßnahmen, vorab definieren. Wir müssen sie strukturieren, und wir müssen sie nicht nur Gastronomen an die Hand geben, sondern auch den Gesundheitsämtern, die dann deren Einhaltung kontrollieren. Des Weiteren fordern Sie, dass ab 1. Juni 2020 der vollständige Geschäftsbetrieb ohne Einschränkungen wieder aufgenommen wird. Ich weiß nicht, ob Sie das ernst gemeint haben.

(Lachen und Unruhe)

Zwei Drittel der Gastro-Betriebe bevorzugen laut einer Umfrage des Branchenverbandes DEHOGA in Bezug auf einen Öffnungstermin keine Übereile. Sie setzen vielmehr auf einen späteren Öffnungszeitpunkt mit einer deutlich höheren Sicherheit. Ein Großteil der Betriebe hat zudem finanzielle Hilfen des Staates erhalten oder diese beantragt. Soforthilfen des Bundes haben bereits 19 % der Betriebe erhalten, 52 % haben einen Antrag gestellt. Weitere 50 % haben bereits Hilfen vom Freistaat erhalten; Anträge laufen noch.

Viele Betriebe der Gastro-Branche hatten bereits vor der Krise ihre Probleme in Bezug auf Liquidität und Rendite. Auch das muss der Ehrlichkeit halber gesagt werden. Diesbezüglich ist aber alles zu tun, um möglichst viele Betriebe, die langfristig überlebensfähig wären, zu retten. Wir wissen alle: Davon hängen zahlreiche Arbeitsplätze ab. Wir wissen auch, dass unsere Kommunen draußen über die Jahre sehr viel für die Wiederbelebung ihrer Innenbereiche gemacht haben. Dort sind Gastro- und Hotelbetriebe zwingende Grundvoraussetzung.

Es ist weiterhin Vorsicht geboten. Das wissen wir. Noch dazu gilt, dass die derzeit herrschende Pandemie nicht nur in den nächsten Monaten vorherrschen wird, sondern dass wir uns, wie ich glaube, Jahre damit beschäftigen werden. Nur wenn die festgelegten Hygiene- und Abstandsregelungen eingehalten werden, kann ein Anstieg der Infektionszahlen vermieden werden. Auch wir FREIEN WÄHLER wünschen uns selbstverständlich eine zeitnahe Öffnung und einen verbindlichen Öffnungstermin. Uns allen muss jedoch bewusst sein, dass eine Lockerung der aktuellen Maßnahmen nur unter strengen, und zwar klar definierten Maßnahmen erfolgen kann. Aus diesem Grund müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Bergmüller gemeldet. – Herr Bergmüller, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber, geschätzter Herr Kollege Manfred Eibl, wir haben vorhin schon diskutiert. Fakt sind maximal 7 % Umsatzrendite in der Gastronomie. – Woher stammt denn das? – Weil wir durch Auflagen und Bestimmungen wie Brandschutz etc. in den letzten Jahren wahnsinnig an Umsatzrendite eingebüßt haben. Die Kapitaldecke ist wahnsinnig dünn.

In dieser Umfrage haben etwa 80 % – vielleicht waren es 79,8 % oder so – der abgefragten Betriebe ganz klar gesagt, dass die Förderungen nicht ausreichen. Ihr Parteikollege und Wirtschaftsminister hat doch den Termin 15. Mai 2020 in den Raum gestellt. Wie steht es denn damit in eurer Fraktion?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Er hat das mit Einschränkungen gemacht!)

– Ja, selbstverständlich mit Einschränkungen. Das habe ich doch auch gerade gesagt! Zum letzten Punkt, den Sie zitiert haben, Herr Kollege: der 1. Juni. Da steht doch ganz deutlich: nach einer Evaluierung der Situation. Wir werden dann sehen, wie sich die

Sache entwickelt. Mir ist das aber schon klar. Ich warte jetzt mal gespannt auf Ihren Antrag zum 15. Mai 2020.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrter Herr Kollege Bergmüller! Sagen wir es einmal so: Überhaupt den Termin 1. Juni 2020 zu nennen, auch nach einer möglichen Evaluierung, aber mit uneingeschränkten Möglichkeiten, das ist doch infam. Das sage ich Ihnen ganz offen. Das habe ich Ihnen vorhin schon erläutert. Des Weiteren sind selbstverständlich weitere Maßnahmen nicht nur im Hotel- und Gaststättenbereich in die Wege zu leiten. Ich glaube, das ist uns allen bewusst. Das wurde heute auch vom Finanzminister und von den Haushältern so geschildert. Wir werden noch große Herausforderungen zu meistern haben, um die Überlebensfähigkeit unserer Betriebe zu gewährleisten. Das habe ich so auch dargestellt.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Biergärten, Wirtshäuser und familiäre Gasthöfe sind ein Herzstück unserer bayerischen Kultur. Mit 40.000 Betrieben und einer halben Million Beschäftigten ist das Gastgewerbe eine ganz wesentliche Säule der Leitökonomie Tourismus bei uns. Das gilt gerade im ländlichen Raum. Die Wirtshauskultur ist aber nicht nur auf dem Lande, sondern auch in einzelnen Stadtteilen ein Teil der bayerischen Identität. Nun sind durch die Corona-Krise mindestens 30 % der Betriebe existenziell von Schließungen bedroht. Dabei drohen auch endgültige Schließungen. Damit droht der Verlust vieler Arbeitsplätze, aber auch der Verlust von Orten, an denen Menschen zusammenkommen können, um sich auszutauschen.

Die SPD fordert deshalb ein dreistufiges Unterstützungspaket für die Gastronomie. Erstens: die bisherigen Hilfen, die Soforthilfen, die Miet- und Steuerstundungen, die Hilfskredite und jetzt auch die Mehrwertsteuersenkung und die Möglichkeit der nach-

räglichen Herabsetzung der Vorauszahlungen zur Einkommen- und Körperschaftsteuer für 2019.

Zweitens. Wir fordern einen bayerischen Rettungsschirm für die Gastronomie. Warum? – Weil Kredite zurückgezahlt werden müssen. Gerade kleine Betriebe haben nach der Wiedereröffnung kaum Möglichkeiten, ausreichend Finanzreserven zur Rückzahlung aufzubauen. Für den Zeitraum der coronabedingten Schließung könnte man den Leuten zum Beispiel einen Zuschuss bis zur Höhe des Nettoumsatzes im Vergleichsmonat 2019 abzüglich Personal- und Warenkosten geben.

Drittens. Wir fordern eine klare Zeitschiene für die Wiedereröffnung, aber orientiert am Gesundheitsschutz, möglicherweise gestaffelt nach der Größe der Betriebe und den Möglichkeiten, bestmöglichen Infektionsschutz herzustellen. Kleine Gasthöfe hätten meiner Meinung nach mit Reservierungspflicht, Mundschutzpflicht für die Angestellten und einem großen Abstand zwischen den Tischen sicher Möglichkeiten, in der nächsten Zeit gemeinsam mit den Ämtern ein vernünftiges Sicherheitskonzept zu entwickeln.

Der AfD-Antrag stellt allerdings die Wirtschaft komplett über den Gesundheitsschutz. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Personal und Gäste sind keine Versuchskarnickel einer überstürzten Öffnungspolitik. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion. – Bitte.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt wird viel über staatliche Hilfen gesprochen, über Mehrwertsteuersenkung auf 7 %. Das ist auch berechtigt, das ist richtig. Wir kennen alle die Nöte dieser Branche, und uns alle treibt es um, ob und wie und unter welchen Bedingungen auch Wiedereröffnungen zum Teil oder zur Gänze möglich werden. Daran müssen wir arbeiten,

auch angesichts der massiven Beschränkungen im Bereich der Berufsausübungsgelungen. Das führt in vielen Bereichen zu einem völligen Stillstand. Daran gilt es zu arbeiten.

Auch wir sind daran interessiert, unter welchen Voraussetzungen Lockerungsmaßnahmen möglich sind. Frau Kollegin Karl hat gerade ein paar Überlegungen angesprochen. – Aber die müssen sich, Herr Bergmüller, am Infektionsgeschehen orientieren und nicht am Kalender. Die Gesundheitsvorsorge und die Bedrohungen, die wir alle zusammen gesellschaftlich zu bewältigen haben, müssen auch in dieser Frage im Bereich der Gastronomie eine maßgebliche Rolle spielen. Die Gastronomen, mit denen ich rede, haben dafür Verständnis. Meine Vorredner haben es schon mehrfach gesagt: Gerade Ihre Forderung der Wiederaufnahme zum 01.06. – "nach Evaluation" habe ich schon gelesen, aber es steht da eben nicht nur "nach Evaluation", sondern es steht da auch "zum 01.06.", und zwar vollumfänglich und ohne Einschränkungen wiederzueröffnen –, ist verantwortungslos. Das hieße auch, zum 01.06. wollen Sie wieder große Hochzeitsgesellschaften, Familienfeiern und alles, was wir kennen und schätzen gelernt haben und was uns allen fehlt, jetzt an dieser Stelle wieder zum 01.06. zulassen. Das traut sich, glaube ich, an dieser Stelle niemand zu sagen, der verantwortungsvoll mit dem Gesamtgeschehen umgehen muss. Wir arbeiten auch daran. Aber so, wie Sie sich das vorstellen, können wir das nicht unterstützen. Deswegen müssen auch wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Entschuldigung, die Ministerin hat das Wort. Das Wort hat die Staatsministerin Melanie Huml, bitte schön. – Aber auch da warten wir noch ab, bis das Mikrofon vorbereitet ist.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Vielen herzlichen Dank an all diejenigen, die hier immer dafür sorgen, dass wir auch hier im Landtag so schön auf Infektionsschutz achten können.

(Allgemeiner Beifall)

Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Welt befindet sich durch die Ausbreitung des Coronavirus im Ausnahmezustand. Ich glaube, das erleben wir täglich, auch im eigenen Leben. Es ist notwendig, dass wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Dadurch ist es auch notwendig, dass die eine oder andere Branche mitmacht und sich kümmert. Ich weiß, dass sich die Gastronomie und Hotellerie schon die ganze Zeit ganz toll mitengagieren und viel Verständnis haben. Ich weiß auch, dass es für viele um ihre Existenz geht. Nach wie vor ist es aber notwendig – und da kann ich mich vielem, was die Vorredner gesagt haben, anschließen –, dass wir weiterhin wachsam sein müssen und den Gesundheitsschutz an erster Stelle sehen.

In vielen Ländern ist die Anzahl der Infizierten so schnell gewachsen, dass die Gesundheitssysteme dort zusammengebrochen sind. Das war hier in Europa, das war nicht irgendwo weit weg. Ich kann nur sagen: Als ich diese Bilder gesehen habe, war mir ganz klar, dass wir alles Menschenmögliche tun müssen, damit wir diese Szenen hier bei uns vermeiden können. Bisher ist uns dies ganz gut gelungen – ich sage bewusst: aktuell und bisher –, auch weil die Menschen in Bayern mitgemacht haben, sich an die Ausgangsbeschränkungen gehalten haben, weil wir hier im Landtag bisher Entscheidungen gut gemeinsam oder auch im Kabinett gut gemeinsam tragen konnten.

Es war richtig, dass wir rechtzeitig gehandelt haben, wirksame Maßnahmen getroffen haben, um die Ausbreitung des Virus entsprechend einzudämmen. Natürlich ist das einschränkend für uns alle, wenn das Wetter jetzt draußen so schön ist. Man merkt, bei uns in Bamberg beginnt die Kellersaison und hier in München die Biergartensai-

son. Dann will man am liebsten draußen sein, sich mit Freunden treffen, gemeinsam Aktivitäten unternehmen.

Aber es ist jetzt an dieser Stelle noch notwendig, vernünftig und vorsichtig zu handeln. Sie wissen, dass die Ausgangsbeschränkungen, die die Lebensqualität der Menschen natürlich einschränken, notwendig sind und waren und dass wir Erleichterungen jetzt mit Bedacht, mit entsprechender Vorsicht wieder zulassen. Uns allen ist klar, dass wir nicht alle Einschränkungen für immer bestehen lassen können, sondern dass wir da und dort auch wieder Erleichterungen zulassen wollen, aber eben Schritt für Schritt und immer mit dem Blick darauf, was das bedeutet, wie sich das auswirkt, wie der nächste Schritt sein kann.

Sie wissen, wir haben erstens die Ausgangsbeschränkungen, zweitens die Abstandsregel als wichtige Maßnahme und drittens die Rückverfolgung von Kontaktpersonen, die so wichtig ist. Wenn wir das alles weiter betrachten, dann merkt man, dass es gerade in der Gastronomie entsprechend schwierig ist, überall den Abstand einzuhalten. Eine Mund-Nasen-Bedeckung ist, wenn ich essen und trinken will, schlachtweg nicht möglich. Das heißt, manches Schutzkonzept, das gilt, wenn wir das eine oder andere Geschäft nächste Woche wieder öffnen lassen, ist in der Gastronomie schwer umsetzbar. Deswegen ist es so wichtig, dass wir immer überlegen: Was ist möglich und was ist notwendig?

Daher können wir zum jetzigen Zeitpunkt bei Ihrem Antrag nicht mitgehen, weil jetzt noch nicht der Zeitpunkt ist. Das heißt nicht, dass wir nicht auch darüber nachdenken, wie es dort weitergehen könnte. Das liegt uns, glaube ich, allen am Herzen. Aber es ist jetzt einfach noch nicht möglich. Auch wäre es falsch, der Gastronomie jetzt schon das Signal zu senden, dass es da und dort ganz sicher klappt, weil das zu diesem Zeitpunkt schlachtweg verfrüht wäre.

Deswegen dürfen wir bei allem Verständnis – und ich weiß, dass im Moment Menschen wirklich Angst um ihre Existenz haben – nicht vergessen: Wir haben auch ande-

re Menschen, die um ihre Gesundheit Angst haben. Hier müssen wir ganz klar Entscheidungen treffen und dürfen nichts überstürzen. Die ersten kontrollierbaren Erleichterungen laufen bereits. Dann müssen wir wirklich gucken, wann es mit der Gastronomie weitergehen kann.

Im Moment ist es notwendig, auf Sicht zu fahren, auch wenn das für viele schwierig ist und es für uns alle nicht leicht ist, hier manchmal auch sagen zu müssen, dass das jetzt noch nicht geht und wir noch kein genaues Datum nennen können. Das ist für alle manchmal nervenzerrend, aber im Moment geht es nicht anders. Bisher haben wir es geschafft, unser Gesundheitswesen nicht zu überlasten und die Zahlen so gut hinzubekommen. Trotzdem sterben Tag für Tag Menschen am Coronavirus. Es ist notwendig, weiter darauf zu achten und den Gesundheitsschutz der Menschen an die erste Stelle zu stellen. Vielen herzlichen Dank dafür, auch hier in diesem Hohen Haus.

(Allgemeiner Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Bergmüller gemeldet. Herr Bergmüller, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Liebe Staatsministerin! Am 21.04. um 23:30 Uhr hat Herr Ministerpräsident Söder in den "Tagesthemen" folgenden Satz sinngemäß wiedergegeben – das kann man auch in der Mediathek nachlesen –: Solange kein Impfstoff oder Medikament auf dem Markt ist, wird es schwierig für die Gastronomie. – Teilen Sie diese Aussage? Sie haben gerade gesagt, im Moment kann man nicht über Zeiten reden. Das haben Sie gerade in Ihrer Rede gesagt. Wissen Sie, was diese Aussage bedeutet, welche Unsicherheit das ist? – Wir haben bis Ende April zehn Milliarden Euro Umsatzverlust in der Gastronomie.

(Zuruf: Alles ist schwierig, solange es keinen Impfstoff gibt! – Zuruf: Richtig!)

80 % der Geschäfte öffnen ab 4. Mai. Die 20 %, zu denen diese Branche zum großen Teil zählt, wollen keine solche Wischiwaschi-Aussage. Genau diese Aussage bietet keine Perspektive für die Branche.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Ministerin, bitte.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Aber es ist das, was man sagen kann, wenn man den Menschen gegenüber ehrlich sein will. Im Moment sind alle Entscheidungen schwierig, solange wir noch nicht die richtigen Medikamente dafür haben.

(Beifall)

Das gehört eben zur Ehrlichkeit dazu. Wir machen uns trotzdem Gedanken. Wir haben Unterstützungsmöglichkeiten usw. angesprochen. Auch bei den Erleichterungen versuchen wir, Schritt für Schritt vorzugehen. Aber es hat eben etwas mit Ehrlichkeit zu tun, keine falschen Hoffnungen zu wecken. Selbstverständlich denken wir auch an die Branche, an die Gastronomie und Hotellerie. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/7412 seine Zustimmung geben will, denn bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmennhaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist dieser Antrag abgelehnt.